

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Matthias Fischbach

Abg. Markus Bayerbach

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Markus Plenk

Abg. Anna Schwamberger

Abg. Tobias Gotthardt

Abg. Tanja Schorer-Dremel

Abg. Dr. Simone Strohmayr

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Gabi Schmidt

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo

Abg. Julika Sandt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Julika Sandt u. a. und Fraktion (FDP)

Maskenpflicht in der Schule nicht verlängern (Drs. 18/17935)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Bayerbach, Dr. Anne Cyron, Franz Bergmüller u. a. und Fraktion (AfD)

Alle coronabedingten Einschränkungen an Bayerns Schulen sofort beenden (Drs. 18/17956)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Herrn Kollegen Matthias Fischbach von der FDP-Fraktion, das Wort.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gut, dass wir hier im Bayerischen Landtag endlich wieder die Debatten an uns ziehen und die Staatsregierung wieder antreiben können.

Gestern noch, als wir diesen Antrag eingereicht haben, hieß es im Bayerischen Rundfunk, das Kultusministerium halte sich bedeckt, es verweise auf das CDU-regierte Gesundheitsministerium; denn das wäre dafür zuständig, wie es an den Schulen mit der Maskenpflicht weitergehe.

Heute Vormittag dann endlich die erlösende Nachricht vom Ministerpräsidenten persönlich in der Sitzung der CSU-Fraktion, die wahrscheinlich diesen Antrag auch behandelt hatte: Ja, man möchte jetzt doch endlich die Maskenpflicht in den Schulen auslaufen lassen. Endlich!

Meine Damen und Herren, Sie alle werden auch Zuschriften von Eltern, von Schülern bekommen haben, die gefragt haben, ob dieses Versprechen, dass die Maskenpflicht zum 1. Oktober auslaufen solle, doch gebrochen werde, weil eine riesige Unsicherheit

bestanden hat. – Ich bin der Meinung, die Schulen müssen so viel Normalität wie möglich bekommen, auch in diesen Zeiten. Deswegen war es auch schon im Sommer richtig, die Maskenpflicht auslaufen zu lassen. Die Einführung einer Maskenpflicht ist dann ein paar Wochen nach dem Schulstart mit den Reiserückkehrern begründet worden. Diese Begründung fällt jetzt weg. Wir sehen auch das erwartete Bild: Nämlich in der ersten Kalenderwoche nach dem Schulstart, in der Kalenderwoche 37, gab es einen kleinen Anstieg bei den Infektionen, weil zum ersten Mal alle wieder getestet wurden und damit die Infektionen aufgefallen sind. In der darauffolgenden 38. Kalenderwoche ging die Inzidenz in den relevanten Altersgruppen wieder zurück. Das heißt, die Pandemielage hat sich geändert. Deswegen ist die Frage: Sind hier Freiheit und Sicherheit noch in der richtigen Balance?

Wir haben Sicherheit noch zusätzlich zu den Masken, die natürlich grundsätzlich etwas bringen. Es stellt sich aber die Frage nach der Verhältnismäßigkeit. Wir haben Sicherheit durch Schnelltests, die jetzt zumindest an den Grund- und Förderschulen ergänzt werden, was zumindest jetzt langsam anläuft, auch nach einigen Startschwierigkeiten. In Richtung des Kultusministeriums möchte ich sagen, dass wir jetzt an diesen Schulen durch die Pool-PCR-Tests bessere Tests haben.

In den Schulen wird regelmäßig gelüftet, ergänzt durch immerhin etwas mehr Luftreiniger – leider noch nicht in allen Klassenzimmern, wie es das Ziel war. Dies bedeutet aber mehr Sicherheit. Wir haben auch mehr Sicherheit durch die Impfungen. Da die STIKO vor über sechs Wochen die Impfempfehlung für Kinder über 12 Jahren ausgesprochen hat, bestand die Möglichkeit, sich bis zur nächsten Woche voll immunisieren zu lassen. Das heißt, wir sind bei der Sicherheit deutlich nach vorangekommen.

Wir müssen uns bewusst sein: Hundert Prozent Sicherheit wird es nicht geben. Das wissen wir aus allen Ländern, die versucht hatten, einen NO-COVID-Approach zu verfolgen. Auch in Australien und in Neuseeland hat dies leider nicht funktioniert. Das heißt, wir müssen uns damit anfreunden, dass dieses Virus, wie viele andere Viren auch, endemisch wird. Deswegen gilt es, die richtige Balance zu finden.

Deswegen war die Ankündigung des Ministerpräsidenten heute Morgen richtig, dass man die Maskenpflicht auslaufen lassen möchte. Wir als Bayerischer Landtag sollten die Staatsregierung für die morgige Kabinettsitzung bestärken und sie mit dem Beschluss unterstützen, dass die Maskenpflicht zum 1. Oktober endlich auslaufen soll. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Bayerbach für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Markus Bayerbach (AfD): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Plagiat ist die höchste Form der politischen Anerkennung. Kaum haben wir es ein Jahr lang gefordert, schon kommt die FDP, und auch die CSU kommt langsam aus dem Quark. Die AfD hat die Maske im Unterricht immer abgelehnt. Die Maske hat – das hat sich jetzt auch gezeigt – nicht wirklich messbar etwas bewirkt. Sie hat den Unterricht behindert und aufgrund nicht erkennbarer Mimik das Zwischenmenschliche deemotionalisiert; Kinder hat sie gequält und Schulfamilien völlig zerrissen und gespalten. Gehen Sie einmal zu den Schulen hinaus. Die Stimmung ist stellenweise katastrophal.

Der FDP-Antrag zum Freedom Day ist wunderbar. Wir brauchen diesen Freedom Day aber nicht mehr in die Zukunft zu legen. Deswegen muss ich ganz ehrlich sagen: Bei dem mutlosen Antrag der FDP kann ich mich wohlwollend enthalten, aber zustimmen kann ich nicht; denn natürlich haben noch nicht alle Jugendlichen eine Impfung bekommen. Das kann aber auch nicht der Gradmesser sein. Wir wissen doch alle, wie lange die STIKO gebraucht hat, um nach Abwägung von Nutzen und Schaden dazu zu kommen, zu sagen, dass sich Kinder ab 12 Jahren impfen lassen können. Es ist doch nicht so, dass das ein klares Ja oder Nein ist. Überlassen Sie es doch bitte den

Kindern, den Jugendlichen, den Eltern, selbst abzuwägen, und seien Sie nicht immer so diktatorisch.

Es gilt, die Risikogruppen zu schützen. Ja, das ist Aufgabe der Staatsregierung, und das mit vollem Einsatz und mit allen Mitteln. Es geht aber doch nicht darum, die gesamte Bevölkerung zu knechten und zu zwingen, irgendetwas zu machen, wofür der Aufwand derart riesig und der Erfolg derart gering ist. 639.000 Tests in Bayern – 189 positiv. Das sind 0,03 Prozent. Dafür wurden unsere Schüler monatelang bei heißen Temperaturen in der Schule mit FFP2-Masken drangsaliert. Da stimmt doch etwas nicht mehr!

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Im Gegensatz zur FDP fordern wir die sofortige Aufhebung aller Corona-Beschränkungen und die Rückkehr zum Leben. Es ist doch jedem unbenommen, sich impfen zu lassen. Es ist auch jedem unbenommen, in der Schule trotzdem eine Maske zu tragen. Es ist jedem unbenommen, Veranstaltungen zu meiden und zu Hause zu bleiben, sich selbst zu schützen. Es ist aber doch nicht nötig, dass jeder wie ein kleines Kind behandelt wird. Entschuldigung! – Mein Leben gehört mir und nicht einem Herrn Söder und einem Herrn Spahn.

(Beifall bei Abgeordneten der AfD)

Kümmern Sie sich um diejenigen, die wirklich Hilfe brauchen. Von einer wirklichen pandemischen Notlage kann man im Augenblick nicht mehr sprechen. Ich bitte Sie, dem Original zuzustimmen statt dem Plagiat der FDP.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Prof. Gerhard Waschler für die CSU-Fraktion.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Vizepräsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Was die Opposition gerade gezeigt hat, ist insbesondere mit Blick auf die AfD ein massives Zerrbild der Realitäten und der Wirklichkeit. Masken schützen einen selbst und schützen andere. Die Gesundheit ist das oberste Gebot bei jeder politischen Entscheidung, nicht nur mit Blick auf die Bildungslandschaft, sondern weit darüber hinaus.

Herr Kollege Fischbach legt dar, warum der Antrag gestellt wurde. Dazu kann man nur sagen: Es ist ein Antrag auf eine Entwicklung gestellt worden, die der Ministerpräsident längst angekündigt hat: dass man nämlich nach Beginn des Schuljahres mit Präsenzunterricht wegen der Reiserückkehrer mindestens zwei Wochen abwartet, dann die Situation neu bewertet und nach dieser neuen Bewertung unmittelbar eine Entscheidung trifft. Die Entscheidung ist getroffen worden. Diese Entscheidung ist richtig; und sie ist gut, sie ist verantwortlich und ausgewogen – die Entscheidung, in den Schulen am Platz die Maske abnehmen zu können. Herr Kollege Fischbach und Kolleginnen und Kollegen der FDP-Fraktion, der Antrag ist zwar gut gemeint, aber überflüssig, und deswegen lehnen wir ihn ab.

Der Antrag der AfD ist wie vieles, was die AfD von sich gibt, mit Blick auf die Schülerinnen und Schüler in Bayern unverantwortlich. Wenn man das so machen würde, wie Sie verlangen, wäre das gesundheitsschädlich. Herr Kollege Bayerbach, ich muss sagen, annähernd 200 Positive mit entsprechenden Folgefällen, Ansteckungen usw. wären ohne Tests nicht erkannt worden. Auf Tests zu verzichten, wäre eine Geringschätzung des Lebens und eines – in Anführungszeichen – Bildungspolitikers höchst unwürdig. Deshalb lehnen wir den AfD-Antrag aus voller Überzeugung ab.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Prof. Waschler, es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Plenk vor. – Bitte schön.

Markus Plenk (fraktionslos): Herr Prof. Waschler, wenn Masken, wie Sie sagen, so gut vor Corona-Infektionen schützen, wie erklären Sie sich dann die aktuell grassierenden nicht coronabedingten Infektionskrankheiten unter Bayerns Schülern?

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Kollege Plenk, Sie müssten sich einmal mit den Veröffentlichungen der Infektiologen beschäftigen, die auch für Sie griffbereit sind. Dann würden Sie merken, dass es verschiedene Bausteine gibt. Einer von vielen Bausteinen sind die Masken. Viele Dinge hat man im Griff, manche nicht. Die Masken betrachten wir als einen wichtigen Beitrag, als einen wichtigen Baustein zur Vermeidung weiterer Infektionen, zum Schutz von anderen und zum Eigenschutz. Wenn Sie das nicht überzeugt, dann sehen Sie sich die Studien über Long COVID vor allem bei jungen Menschen an. Wenn Sie das täten, würden Sie nicht solche Zwischenfragen stellen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Prof. Waschler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Anna Schwamberger für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Anna Schwamberger (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin doch etwas darüber erstaunt, dass wir heute tatsächlich über die Maskenpflicht an unseren Schulen diskutieren. Für mich war die Botschaft des Ministerpräsidenten und des Kultusministers klar: Maskenpflicht bis zum 1. Oktober und nicht darüber hinaus; denn man wollte lediglich in den ersten drei Wochen nach den Sommerferien auf Nummer sicher gehen, um den Urlaubsrückkehrern gerecht zu werden. Das war die Botschaft, die Anfang des Schuljahres von Ministerpräsident Söder und von Minister Piazzolo gesendet wurde.

Jetzt bin ich ein wenig verwundert. Ist all das, was da gesagt worden ist, nichts mehr wert? Geht es jetzt doch wieder nur um irgendeine Show? – Dieser Verdacht liegt doch nahe. Warum musste sich heute der Ministerpräsident hinstellen und sagen: Ab

Montag haben wir keine Maskenpflicht mehr. Für mich war das klar und stand überhaupt nicht zur Debatte, und solange die Krankenhausampel auf Grün steht, sehe ich auch keinen Grund dafür, dass die Schülerinnen und Schüler am Platz weiterhin ihre Maske tragen sollen.

Auf Begegnungsflächen kann man weiterhin darauf bestehen. Das ist dann der Alltag, den die Kinder aus ihrer Freizeit kennen. Dass das in der Schule nicht immer ganz hundertprozentig rund gelaufen ist, wissen wir jetzt schon. Ich möchte als Beispiel bloß den Sportunterricht nennen. Da wurde empfohlen, eine Maske zu tragen. Das führt im schlimmsten Falle dazu, dass die Klasse 8a Maske tragen muss, die Klasse 8b in derselben Schule aber nicht. Mei, das ist halt Gleichbehandlung auf "piazolische" Art, gerade wenn man in den Vereinssport schaut. Dort muss nämlich keine Maske getragen werden. Ich frage mich manchmal schon, ob die Ministerien nicht miteinander reden. Aber wenn wir in eineinhalb Jahren Pandemie eines gelernt haben, dann, dass Kommunikation nicht die Stärke insbesondere des Kultusministers ist.

Wir sind uns einig, dass der Gesundheitsschutz unserer Kinder und Jugendlichen uns allen besonders am Herzen liegt. Aus diesem Grund unterstützen wir weiterhin das engmaschige Testen an unseren Schulen, um Infektionen frühzeitig zu erkennen. Die Ausstattung der Schulen mit den Luftreinigungsgeräten geht zwar langsam vor sich, aber es geht zumindest voran. Auch nimmt die Zahl der geimpften Kinder und Jugendlichen zu. Unsere Lehrkräfte haben ein Impfangebot und können sich impfen lassen.

Insgesamt sind wir zumindest auf einem guten Weg. Mir wäre es allerdings recht, wenn wir in Zukunft nicht mehr solche Scheindebatten führen würden, sondern uns wieder mit der Pädagogik an unseren Schulen auseinandersetzen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Schwamberger. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Gotthardt für die FREIEN WÄHLER.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Sehr verehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen, oder soll ich lieber sagen: Liebe Schülerinnen und Schüler! Die Maskenpflicht im Klassenzimmer fällt am Montag. Das stand aber schon fest, bevor die FDP ihren Antrag hier eingebracht hat. Herr Kollege Fischbach, Sie schütteln den Kopf, aber wir hätten am Mittwoch, als wir in München gemeinsam beim Termin waren, darüber sprechen können.

(Zuruf)

Ich war in der Stunde zuvor mit dem Staatsminister beisammen, ebenfalls in München. Da war für uns bereits klar, dass wir aus unserer Sicht das einhalten, was wir versprochen haben: einen Sicherheitskorridor aufgrund der drohenden Infektionen durch Urlaubsrückkehrer von bis zu drei Wochen. Diese Frist ist jetzt abgelaufen. Danach entfällt die Maskenpflicht am Platz. Versprochen, gehalten. Hätten Sie mich gefragt, hätte ich es Ihnen da gleich sagen können. Wir haben das gemeinsam mit dem Koalitionspartner, Kollege Waschler, sehr einvernehmlich und schnell geklärt. Das war überhaupt kein Drama, kein Problem. Es war alles klar.

Eines sage ich noch ganz kurz. Wegen der AfD muss ich ein bisschen darauf eingehen, was mir und uns wichtig ist. Der Sicherheitskorridor, den wir eingeführt haben, und all die Maßnahmen, die wir eingesetzt haben, inklusive der Maske, haben gewirkt. Der Kollege Waschler hat es gesagt: Wir haben knapp 200 Fälle rausgezogen. Das ist zwar erst einmal relativ wenig bei der Vielzahl der Testungen. Aber aus 200 wird eine exponentielle Kurve. Deswegen bin ich froh, dass wir diese 200 Fälle rausgezogen haben; denn so funktioniert ein Testkonzept. Darauf können wir stolz sein. Die AfD sagt, das alles ist unnötig und rückwärtsgewandt, wir hätten das alles nicht gebraucht. Da sage ich Ihnen: Ich möchte nicht wissen, wo wir heute stünden, wenn wir all die sinnvollen Maßnahmen, die wir durchgeführt haben, gerade im Schulbereich, nicht durchgeführt hätten. Wir werden aber darauf achten, dass wir gerade im Schulbereich gemeinsam mit der Schulfamilie, mit den Kindern, mit den Eltern, zu einer Normalität im Schulalltag zurückkommen. "Normalität" heißt aber in erster Linie, dass es uns

wichtig ist, in diesem Schuljahr den Präsenzunterricht garantieren zu können. Das ist das Allerwichtigste. Dafür haben wir in den ersten drei Wochen dieses Schuljahrs die Maßnahmen durchgeführt, zu denen ich und zu denen wir komplett stehen.

Ein letzter Hinweis an die Kollegen der FDP, vielleicht auch ein bisschen an die Kollegen der GRÜNEN, denen ich in vielen Bereichen auch zustimmen kann. Aber nehmen Sie doch den Antrag "Copy and Paste", und schicken Sie ihn zum Beispiel der Kollegin Gebauer, der Kultusministerin in Nordrhein-Westfalen aus Ihrer Partei, die aktuell gesagt hat, sie möchte mindestens bis zu den Herbstferien die Maskenpflicht im Schulalltag, im Klassenzimmer noch beibehalten. Auch in Baden-Württemberg ist man sich nicht ganz sicher, ob man die Maskenpflicht abschaffen kann. Wir in Bayern haben wie versprochen die Maskenpflicht ab Montag abgeschafft. Das ist gut. Diesen Zettel schicken Sie aber nach Nordrhein-Westfalen oder Baden-Württemberg.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Gotthardt, es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor,

(Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Zwei?)

die erste von Frau Kollegin Tanja Schorer-Dremel, CSU-Fraktion.

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Herr Kollege Gotthardt, Sie können sicherlich wie die Kollegin Schwamberger gerade bestätigen, dass der Ministerpräsident sowohl im Juli als auch am 01.09. bei der letzten Sondersitzung, die wir hier hatten, immer wieder darauf hingewiesen hat, dass die Maskenpflicht zum reinen Schutz der Kinder an den Schulen leider am Anfang gelten muss. Er hat gleichzeitig darauf hingewiesen, dass sie – Sie haben es gerade Sicherheitskorridor genannt – danach auch beendet ist. Ich bin mir sicher, dass Sie es genauso sehen wie die Kollegin Schwamberger gerade und ich: Der Ministerpräsident hat immer darauf hingewiesen, dass das Ganze bis zum 01.10. dauern soll.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, ich bin dankbar für die Nachfrage. Ich kann bestätigen, dass die gesamte Staatsregierung, also auch der Ministerpräsident und die zuständigen Fachpolitiker beider Regierungsfractionen, immer darauf hingewiesen haben, dass es diesen Sicherheitskorridor und die zeitliche Begrenzung gibt. Ich weiß auch – der Kollege Fischbach hat es angesprochen –, dass am Anfang der letzten Woche etwas Rumoren bei den Eltern war, weil eine Unsicherheit da war. Aber der konnten wir sehr schnell gemeinsam begegnen. Da hat mit Sicherheit auch die klare Aussage des Ministerpräsidenten heute nach den Aussagen, die wir vorher getroffen hatten, ihren Beitrag geleistet.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Die Zwischenbemerkung von Herrn Kollegen Matthias Fischbach, FDP-Fraktion.

Matthias Fischbach (FDP): Lieber Herr Kollege Gotthardt, zu Ihrer Frage nach Nordrhein-Westfalen kann ich darauf verweisen, dass wir auch dort in einer Koalition sind und sicherlich nicht die FDP dafür ursächlich ist, sondern das CSU-geführte Gesundheitsministerium. Da haben wir eine ähnliche Situation. Nichtsdestoweniger war der Landtag bzw. auch Ihre Fraktion bei Beschlüssen bisher nie zurückhaltend, wenn es darum ging, die Staatsregierung zu bestärken. Ich erinnere beispielhaft an die Unterstützung von Digitalisierungsinitiativen der Staatsregierung und die Unterstützung von anderen Dingen, die hier durch Dringlichkeitsanträge Ihrer Fraktion eingebracht worden sind. Ich bin etwas überrascht, dass Sie jetzt sagen, das wäre ein Grund, einen Antrag abzulehnen. Eigentlich müssten Sie jetzt aus voller Überzeugung zustimmen.

Tobias Gotthardt (FREIE WÄHLER): Jetzt muss man mal unterscheiden, Herr Kollege Fischbach. – Das eine ist, dass Sie einen Antrag gestellt haben, dessen Inhalt aber schon geklärt war, zuletzt durch die klare Aussage des Ministerpräsidenten heute.

(Zurufe)

– Heute. Ja, genau.

(Zuruf)

– Aber deswegen muss doch ich nicht mehr zustimmen! Wir haben das erfüllt, erledigt mit Stellungnahme der Staatsregierung. Das ist doch wunderbar. Seien Sie doch froh! Das ist noch viel besser als eine Zustimmung, wenn wir es erledigt haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Das ist wunderbar. Das ist genau das; wir hatten es vorher schon versprochen. Deswegen wundere ich mich so, dass Sie den Antrag eingebracht haben.

Was den Hinweis auf den kleinen Koalitionspartner angeht: Dann sparen Sie sich aber bitte in Zukunft mindestens zwei Drittel Ihrer Angriffe auf uns, weil Sie aus Ihren Regierungserfahrungen genau wissen, dass man zwei braucht, um Mehrheiten zu bekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Gotthardt.
– Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als SPD-Fraktion begrüßen, dass die Maskenpflicht zum jetzigen Zeitpunkt aufgehoben wird. Es ist einfach nur fair und richtig für die Schülerinnen und Schüler, dass sie jetzt nicht mehr verpflichtet werden, den ganzen Schultag die Maske zu tragen, wie das im Übrigen in vielen anderen Bereichen, wo "3G" gilt, ebenso der Fall ist.

(Beifall bei der SPD)

Das wäre sonst wirklich niemandem mehr zu vermitteln gewesen.

Sehr geehrter Herr Kultusminister, weil Sie heute da sind: Für den Sport in der Schule gilt im Übrigen, dass Sie noch mal klarstellen müssen, dass die Maskenpflicht für den

Sport bereits aufgehoben ist. Uns erreichen viele Beschwerden aus diesem Bereich. Viele Eltern wenden sich an uns, denen das noch nicht klar ist. Ich habe das Gefühl, das wird vor Ort sehr unterschiedlich gehandhabt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Ehrlichkeit gehört aber auch, dass wir, wenn die Fallzahlen wieder steigen sollten, unsere Schulen vorbereiten müssen, und zwar müssen wir jetzt mit dieser Vorbereitung beginnen. Schulen brauchen klare Rahmenbedingungen.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen auf jeden Fall vermeiden, dass es wieder zu Schulschließungen kommt. Wir brauchen dieses Jahr Präsenzunterricht. Deshalb ist es jetzt wichtig, dass wir uns vorbereiten, Herr Minister. Dazu möchte ich Ihnen zwei wichtige Aspekte nennen: Ein wichtiger Punkt ist, dass wir jetzt endlich die Luftfilter in jedes Klassenzimmer bringen. Ich finde es wirklich traurig, dass wir immer noch in nur 30 % der Klassenzimmer Luftfilter haben. Wir haben hier viel Zeit und die ganzen Sommerferien vertrödelt. Wir könnten schon viel weiter sein.

Zum Zweiten: Es ist jetzt wichtig, endlich Klarheit für die Schulen zu schaffen. Ich stelle fest: Derzeit reichen die Angaben nicht. Es ist unklar, wie die Krankenhausampel berechnet wird. Ist sie überhaupt ein geeignetes Mittel? Warum werden die Daten und Fakten nicht regionalisiert? Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Wenn in einer Schule in einer Klasse alle geimpft sind, die Klassenzimmer groß, die Klassen klein und in jedem Klassenzimmer Luftfilter sind, dann muss das wohl anders beurteilt werden als vielleicht in München, wo die Krankenhäuser voll sind. Ich kann Sie nur auffordern: Schaffen Sie Klarheit für die Schulen, und zwar rechtzeitig! Das Modell, das jetzt wieder Anwendung findet – Montag gibt es eine Pressekonferenz, Freitag ein Kultusministerielles Schreiben an alle Schulen, und am Montag soll das in der Schule umgesetzt werden –, muss endlich ein Ende haben.

(Beifall bei der SPD)

Wir werden dem Antrag der FDP zustimmen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, es gibt eine Zwischenbemerkung der Abgeordneten Gabi Schmidt für die Fraktion der FREIEN WÄHLER. – Bitte, Frau Kollegin.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Liebe Kollegin Strohmayr, ich habe eine Frage. Sie wollen jetzt das Kultusministerium für Luftfilter begeistern. Ich habe die Bitte, dass Sie diesen Feldzug für Luftfilter vielleicht dazu nutzen, um den Feldzug der SPD-Bürgermeister gegen Luftfilter auszubremsen. Ich nenne exemplarisch die Städte Zirndorf und Neustadt an der Aisch; sie alle sind SPD-geführt und sprechen sich massiv gegen Luftfilter aus. Bitte setzen Sie Ihre Energie dort ein; wir bearbeiten dann die anderen Fälle. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Liebe Frau Kollegin, diesen Ball kann ich direkt an Sie zurückspielen. Hätten Sie im Juni oder Juli ein Förderprogramm mit 80- oder 90-prozentiger Förderung aufgelegt, das die Kommunen auch gerne angenommen hätten, dann wären wir bei den Luftfiltern hier in Bayern wesentlich weiter.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben es zu verantworten, dass viel Zeit ins Land gegangen ist und wir bei den Luftfiltern heute dort stehen, wo wir stehen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Für die Bayerische Staatsregierung spricht der Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo. Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Grundsätzlich freue ich mich,

dass alle fünf demokratischen Fraktionen hier einer Meinung sind und unserem Maskenbeschluss auch zustimmen. Das freut mich.

Ehe ich zu den Masken komme, nur noch eine Bemerkung zu dem, was am Schluss zu den Luftfiltern gesagt wurde. Frau Kollegin Strohmayer, dies tue ich, um die Wahrheit und die Sachlage deutlich zu machen. Wir haben als Bayerische Staatsregierung im letzten Herbst, im Oktober 2020, ein Programm mit einer 100-prozentigen Förderung insbesondere für die Räume, die nicht gelüftet werden können, auf den Weg gebracht. Herr Reiter von der SPD war der Erste, der das abgelehnt hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Deswegen verwahre ich mich gegen Vorwürfe in Richtung der Staatsregierung. Hier haben wir lange gebraucht; ich habe selbst zwei Briefe an den Oberbürgermeister geschrieben. Inzwischen gibt es einen Beschluss der Stadt München – ich freue mich darüber –, aber auch nur für die Räume, in denen Klassen mit Schülerinnen und Schülern unter 12 Jahren unterrichtet werden. Da kann man noch drauflegen. Insofern bitte ich also einfach darum, bei der Wahrheit zu bleiben und die Fakten klar und richtig darzustellen. Die Bayerische Staatsregierung hat das erste Programm für Luftfilter aufgelegt. Wir haben ein zweites und jetzt ein drittes nachgeschoben.

Heute ging es aber um die Masken. Auch hier will ich noch einmal den Sachverhalt deutlich machen. Es war so: Nach Pfingsten gab es auch aufgrund der entsprechenden Inzidenzen keine Maskenpflicht im Unterricht. Wir haben uns dann in der Staatsregierung zusammengesetzt und nach einem persönlichen Gespräch zwischen dem Ministerpräsidenten und mir nach den Erfahrungen des letzten Jahres entschieden, nach den Sommerferien für einen begrenzten Zeitraum – wir haben darüber nachgedacht, dies für zwei oder drei Wochen zu tun, und uns für drei Wochen entschieden – eine Maskenpflicht im Unterricht am Platz einzuführen, wohl wissend, dass das natürlich auch eine Belastung ist. Aber wir wollten das Sicherheitsnetz entsprechend eng knüpfen. Wir haben auch vereinbart, dass diese Maskenpflicht ab 1. Oktober 2021

nicht mehr gilt, es sei denn, es gäbe eine veränderte Sicherheitslage hin zum Schlechten.

Was war und was ist die Sachlage? – Wir hatten, was zu erwarten war, in der ersten Woche einen leichten Anstieg bei den Inzidenzen; das ist auch geschildert worden. Das liegt insbesondere daran, dass wir die Schüler im Gegensatz zu den Ferien getestet haben. Dann gab es – gerade in den letzten Tagen – im Verhältnis zum Rest der Bevölkerung einen deutlichen Rückgang an Infektionen bei den Schülerinnen und Schülern. Deshalb gilt genau das, was der Ministerpräsident und ich vereinbart haben und was auch im Ministerrat mit Zustimmung der Fraktionen vereinbart wurde, nämlich dass die Maskenpflicht am 1. Oktober 2021 endet. Das heißt: Sie gilt ab 4. Oktober 2021 im Unterricht nicht mehr. So ist es. Das ist ein ganz normaler politischer Vorgang, den wir – die Fraktionen, der Ministerrat, der Ministerpräsident und auch das Kultusministerium – gemeinsam verabredet haben.

Da nützt es dann auch nichts und es ist auch nicht sinnvoll, irgendwelche Unruhe zu schüren. Die Sachlage war klar. Die Entscheidungslage war klar. So haben wir das auch gemacht. Deshalb freue ich mich, dass wir hier jetzt auch entsprechende Unterstützung finden. Ich habe den heutigen Worten auch entnommen, dass wir weitgehend darüber einig sind, was das Sicherheitsnetz anbetrifft. Es gibt immer noch das eine oder andere, wo es Zurufe gibt, was man vielleicht noch verbessern kann und wo wir ständig nachsteuern. Weil es heute auch viele kritische Worte in Richtung der Staatsregierung und insbesondere in Richtung der FREIEN WÄHLER gab, sage ich Ihnen aber auch hier: Wir hatten jetzt Bundestagswahlkampf, aber die sachliche Zusammenarbeit dieser Staatsregierung ist auf den meisten Gebieten nicht nur gut, sondern sie ist hervorragend und vertrauensvoll. Ich bin sicher, dass wir dort weiter anknüpfen werden. Es gibt sicherlich die eine oder andere Verstimmung, die man wieder ausräumen muss, aber was wir für die Sicherheit und Gesundheit der Bürger geleistet haben – übrigens auch gerade und insbesondere in den letzten Monaten während der Coro-

na-Pandemie –, ist nicht nur sehenswert, sondern das war eine sehr gute Gemeinschaftsleistung. Das will ich an dieser Stelle noch einmal betonen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mein Wunsch und auch der Wunsch aller in dieser Staatsregierung ist es, in sachlicher Art und Weise weiter fortzufahren. Das werden wir gerade auch im Bereich der Schule tun, weil wir das auch unseren Bürgerinnen und Bürgern schuldig sind. Sicherlich sind auch Debatten wie heute notwendig; das sehe ich auch so. Sie waren auch ein wichtiges Zeichen, aber – und das will ich einmal ganz deutlich für das ganze Land nach dieser Bundestagswahl formulieren – die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sehnen sich nach Sachdebatten, nach inhaltlichen Entscheidungen und weniger nach Personaldebatten. Wir müssen mehr über die Sache reden. Das tun wir in dieser Staatsregierung. Wir haben viel vorangebracht, und das werden wir auch weiterhin tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Staatsminister, es liegen Meldungen zu zwei Zwischenbemerkungen vor. – Für die erste erteile ich der Abgeordneten Julika Sandt für die FDP-Fraktion das Wort.

Julika Sandt (FDP): Herr Minister, werden Sie klarstellen, dass auch bei Konzepten der offenen Ganztags- und insbesondere bei der Mittagsbetreuung die Maskenpflicht – auch im Zusammenhang mit Sport und Bewegung – wegfällt? Ist das auch mit dem Sozialministerium abgestimmt, sodass das mit der Hortbetreuung synchron ist? Wird die Maskenpflicht ab dem 4. Oktober 2021 sicher komplett wegfallen?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazzolo (Unterricht und Kultus): Der Sportunterricht wurde heute an verschiedener Stelle angesprochen; ich habe es heute auch noch einmal und über die "dpa" deutlich gemacht. Es ist so: Ab 4. Oktober 2021 wird es im Sportunterricht im Innen- und Außenbereich keine Maskenpflicht geben. Bislang war es so, dass es beim Sportunterricht im Außenbereich keine Maskenpflicht gab; beim Sportunterricht im Innenbereich kam es auf die Sportart an. Es ist aber natürlich immer

so eine Sache. Gibt es im Unterricht eine Maskenpflicht, bei einer engen Kontaktsportart aber keine, dann ist das natürlich ein Wertungswiderspruch. Wir haben deshalb – und so ging das auch an die Schulen – gesagt: Wenn der Abstand im Innenbereich gehalten werden kann, dann keine Masken; wenn es aber zu eng wird, dann Masken. Jetzt gibt es wieder einen entsprechenden Gleichlauf: im Unterricht keine Masken und im Sportunterricht auch nicht.

Hier gibt es übrigens einen Unterschied zu einem Sportverein. Ich will das noch einmal betonen, obwohl ich es schon dutzende Male gesagt habe: Das Hingehen zu Sportvereinen ist, auch wenn man Mitglied ist, freiwillig; Schule ist eine Pflichtveranstaltung. Wir haben da also unterschiedliche Regeln, die wir auch immer wieder kommunizieren.

Ich will auch das noch einmal deutlich sagen. Der Vorwurf, es werde schlecht kommuniziert, ist leicht zu erheben: Entweder sind es zu viele oder zu wenige KMS. – In der Geschichte der Schulgemeinschaft wurde noch nie so intensiv kommuniziert. Das ist während Corona auch nötig. Deswegen tun die Frau Staatssekretärin und ich das auch immer wieder.

(Zurufe)

– Ich komme gleich darauf zurück.

Ich betone das nur, weil das vorhin gesagt wurde. Wir kommunizieren mit der Schulgemeinschaft und sprechen uns intensiv ab.

Beim Hort ist es natürlich ähnlich. Da gibt es, je nachdem, was angebracht ist, immer auch unterschiedliche Regelungen. Damit es solche Brüche nicht gibt, sind wir im Kultusministerium in enger Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium und natürlich auch mit dem Sozial- und Arbeitsministerium, die dafür zuständig sind. Trotzdem kann es im einen oder anderen Fall – auch wenn es um Privateinrichtungen geht – unterschiedliche Regelungen geben. Wir versuchen das aber zu vermeiden.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich erteile Frau Dr. Simone Strohmayr von der SPD-Fraktion für eine weitere Zwischenbemerkung das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Ich möchte das mit den Luftfiltern auch noch einmal richtigstellen.

Erstens. Zur Wahrheit gehört auch, dass Sie zuerst – wohl wissend, dass die meisten Klassenräume natürlich entsprechende Fenster und Lüftungsmöglichkeiten haben – so ein Programm aufgelegt haben, tatsächlich aber nur für die Klassenräume, die keine Belüftung haben. Dann wurde ein weiteres Programm mit weitaus schlechteren Fördermöglichkeiten aufgelegt. Dann haben Sie auf die Bundesförderung gewartet. Dadurch ist wieder wesentliche Zeit verloren gegangen. Hier hätten wir schneller agieren können und müssen.

Zweitens. Ich möchte Sie fragen, wie an den Schulen künftig regionale Aspekte berücksichtigt werden. Ich nenne zum Beispiel Berufsschulen. In Berufsschulen kann es tatsächlich sein, dass die ganze Klasse oder gar die ganze Schule geimpft ist oder eine sehr hohe Impfquote hat. Haben solche Schulen dann die gleichen Voraussetzungen einzuhalten wie andere Schulen, in denen kleinere, jüngere Kinder sind –

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben eine Minute, um die Zwischenbemerkung zu begründen.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): – und wo die Impfquote vielleicht noch nicht so hoch ist?

Staatsminister Prof. Dr. Michael Piazolo (Unterricht und Kultus): Danke schön. Ich versuche es kurz zu machen. Nein, so war es nicht. Es ist so gewesen, dass wir bei den Programmen einen nahtlosen Übergang hatten. Wir hatten – völlig richtig – eine 50-prozentige Förderung für alle Klassenzimmer. Dann haben wir aber noch einmal eine Förderung für 50 Prozent aufgesetzt; das war übrigens vor dem Bund. Wenn ich

es richtig weiß, regiert die SPD im Bund mit. Wenn es so wichtig ist: Warum hat die SPD nicht zu Anfang gleich ein Programm für Luftfilter aufgelegt?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir hatten, bis der Bund kam, drei Programme. Es macht aber wenig Sinn, sich da jetzt gegenseitig die Schuld zuzuweisen. Wenn man geschickt ist, gibt es jetzt eine Förderung von 100 Prozent. Vorhin hatten wir das Beispiel der Stadt München. Ich glaube, wenn man es ernst nimmt, ist bei der Stadt München das Geld vorhanden, um 50 Prozent der Kosten für entsprechende mobile Luftreinigungsgeräte zu finanzieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zur anderen Frage in aller Kürze: Wir fragen bei den Schülern den Impfstatus nicht ab. Die Schülerinnen und Schüler, die geimpft sind, müssen auch nicht getestet werden. Es wäre aber sehr, sehr kompliziert und auch nicht angemessen, jetzt je nach Impfquote in den einzelnen Klassenzimmern im Grunde genommen unterschiedliche Regelungen einzuführen. Es ist doch sinnvoller, dieses Sicherheitsnetz, wie wir es im Moment haben, aufrechtzuerhalten. Wenn sich da die Zahlen vielleicht anders entwickeln und unser Kenntnisstand ein neuer ist, werden wir darüber auch gerne gemeinsam beraten. Nach jetzigem Stand ist es aber so, dass wir hier – außer beim Testen – keine Unterschiede machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen, und wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/17935 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP sowie der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREI-

EN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Stimmenthaltung der AfD-Fraktion. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/17956 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die AfD-Fraktion und der Abgeordnete Plenk (fraktionslos). Gegenstimmen! – Bei Gegenstimmen der FDP, der CSU, der FREIEN WÄHLER, der SPD und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Hiermit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.